

# PROTOKOLL

## Bau-, Planungs- und Umweltausschuss 03.02.2020



E/24 - 2016/2021 -

Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 21:55 Uhr

### Vorsitz:

Ausschussvorsitzender Ghazi, Mohammed SPD

### Anwesend:

stellv. Ausschussvorsitzender Becker, Wolfgang CDU  
Ausschussmitglied Blaum, Heike SPD  
Ausschussmitglied Bruttger, Inge B90/Grüne  
Ausschussmitglied Evdokiou, Christos SPD  
Ausschussmitglied Güler, Fatih SPD  
Ausschussmitglied Kissel, Luca CDU  
Ausschussmitglied Müller, Niels Hartwig FDP  
Ausschussmitglied Salur, Muhittin SPD

### Entschuldigt:

Ausschussmitglied Kollmann, Elke abwesend CDU

### Magistrat:

Erste Stadträtin / Dezernentin Herberich, Dorothee SPD  
Stadtrat Belser, Ulrich SPD  
Stadtrat Dima, Cesare SPD  
Stadtrat Müller, Otto CDU  
Stadtrat Schalle, Volker B90/Grüne  
Stadtrat van Loon, Adrianus FDP

### Entschuldigt:

Bürgermeister Jühe, Thomas abwesend SPD  
Stadtrat / Dezernent Jenal, Kurt abwesend SPD

### Stadtverordnetenversammlung:

stellv. Stadtverordnetenvorsteher Pellilli, Angelo SPD

### Verwaltung:

Schriffthführer Brune, Joachim

### Gäste/Sonstige:

# PROTOKOLL

Bau-, Planungs- und Umweltausschuss  
03.02.2020



E/24 - 2016/2021 -

Die beiden Ausschussvorsitzenden, Herr Ghazi und Herr Kissel, stellen die Beschlussfähigkeit sowie den fristgerechten Eingang der Sitzungsunterlagen fest. Sie verständigen sich darauf, zunächst die Tagesordnungspunkte des Verkehrsausschusses zu beraten und im Anschluss daran die Tagesordnungspunkte des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses zu behandeln.

## öffentlicher Sitzungsteil

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 09.12.2019
2. Umbau der A67/ A3 am Mönchhof-Dreieck  
- mündlicher Bericht -
3. 2019-620 Verkehrs- und Mobilitätskonzept für die Stadt Raunheim  
Hier: Grundsatzbeschluss
4. Einstieg in eine Smart-City-Konzeption  
- mündlicher Bericht -
5. 2020-677 Grundsatzbeschluss zum klimastabilen Waldumbau und zur  
Umstellung der Waldbewirtschaftung
6. Verschiedenes

## nicht-öffentlicher Sitzungsteil

## Sitzungsverlauf

### öffentlicher Sitzungsteil

#### 1. **Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 09.12.2019**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Korrektur des Protokolls vom 09.12.2019. Sie führt aus, dass sie sich ihr Ausschussmitglied bei der Abstimmung zu TOP 5 Gestaltungssatzung „Östlich der Bahnhofstraße“ und zu TOP 6 Gestaltungssatzung „Westlich der Bahnhofstraße“ enthalten habe. Folglich sei das Abstimmungsergebnis zu beiden Tagesordnungspunkten entsprechend abzuändern.

Ferner stellt die Fraktion zu TOP 8 „Ergebnisse des Stadtleitbildprozesses 2.0“ klar, dass sie die Notwendigkeit zur Information der Haushalte über die Ergebnisse des Stadtleitbildprozesses nicht in Frage gestellt habe. Sie habe lediglich darauf hingewiesen, dass auch die Möglichkeit zur digitalen Informationsweitergabe bestehe.

**Mit diesen Anmerkungen und Änderungswünschen wird das Protokoll E/23-2016/2021-einstimmig angenommen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig genehmigt.

#### 2. **Umbau der A67/ A3 am Mönchhof-Dreieck - mündlicher Bericht -**

Herr Brune erläutert anhand mehrerer Schaubilder die Planungen des Straßenbaulastträgers Hessen Mobil zum Neubau der Verbindungsrampe von der Autobahn A3 zur Autobahn A67. Die Ausschussmitglieder nehmen den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### 3. **2019-620 Verkehrs- und Mobilitätskonzept für die Stadt Raunheim Hier: Grundsatzbeschluss**

Herr Laubscheer führt in die Drucksache 2019-620 ein und bietet an, die Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.

Die FDP-Fraktion würdigt die vorgelegte Drucksache, weist aber darauf hin, dass während des voraussichtlichen Planungs- und Realisierungszeitraums von ca. 10 Jahren Veränderungen an dem vorgelegten Konzept möglich sein können. Sie äußert den Wunsch, dass Vorschläge der Fraktionen hinreichend beraten und berücksichtigt werden.

Die CDU-Fraktion unterstreicht, dass es sich lediglich um einen Grundsatzbeschluss handle. Sie möchte keineswegs auf die Kontrollfunktion der städtischen Gremien verzichten und Änderungen der Planungsgegenstände im Einzelfall vorgestellt bekommen.

# PROTOKOLL

**Bau-, Planungs- und Umweltausschuss**  
**03.02.2020**



**E/24 - 2016/2021 -**

Die SPD-Fraktion konstatiert, dass eine Abstimmung über den eingebrachten Grundsatzbeschluss möglich ist, da keiner der eingebrachten Anträge dem Grundsatzbeschluss grundsätzlich konträr gegenüberstehe.

Der Ausschuss einigt sich darauf, die einzelnen Anträge der Fraktionen vorzustellen.

Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion sieht die verkehrliche Prüfung einer möglichen Aufhebung der bestehenden Einbahnstraßenregelung in der Waldstraße und in der August-Bebel-Straße vor. Ferner sollen Berechnungen nachweisen, dass die Leistungsfähigkeit der vorgeschlagenen Kreisverkehrsplätze und umgestalteten Kreuzungsbereiche gegeben ist.

Herr Laubscheer sagt zu, dass diese Prüfungen im Rahmen der Detailplanungen vorgenommen werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Auskunft, ob bereits Verkehrszählungen vorliegen.

Herr Laubscheer erläutert, dass nach Realisierung der Anschlüsse Ost und West Verkehrszählungen vorgenommen worden sind, die bereits in der Erstellung des Verkehrs- und Mobilitätskonzepts Berücksichtigung gefunden haben.

Die CDU-Fraktion hinterfragt die Darstellung geplanter Kreisverkehrsplätze in Anlage 1 der Drucksache.

Herr Laubscheer erläutert, dass in dieser Darstellung sowohl geplante Kreisverkehrsplätze als auch umzugestaltende Kreuzungsbereiche aufgeführt sind.

Im Anschluss daran erläutert die FDP-Fraktion ihre vorgelegten Ergänzungsbeschlüsse. Im Hinblick auf die Umgestaltung der Platzbereiche „Platz der Verschwisterung“ sowie „Haus unter der Linde“ soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Barrierefreiheit gelegt werden. Insbesondere im Umfeld des „Hauses unter der Linde“ führt der Natursteinpflasterbelag zu Schwierigkeiten beim Begehen dieser Flächen durch mobilitätseingeschränkte Mitbürger.

Die Fraktion regt zudem die Einführung einer Einbahnstraßenregelung nach Anbindung der Königsberger Straße an die Mainzer Straße an. Hierdurch könne zusätzlicher Freiraum geschaffen werden. Bei der Steuerung des ruhenden motorisierten Individualverkehrs regt die Fraktion eine 12-Stunden-Park-Regelung an, um jede nichtgewünschte Nutzung soweit wie möglich einzuschränken und den erwartbaren Parkdruck in den angrenzenden Straßen zu minimieren. Ferner wird angeregt, die Hotels zur Ausweisung von Busparkplätzen zu verpflichten.

Die FDP-Fraktion empfiehlt, die bestehende Möglichkeit des kostenlosen Parkens auf der P & R-Anlage am Bahnhof beizubehalten. Hintergrund hierfür ist die Vermutung der Fraktion, dass bei einer Bewirtschaftung des Parkplatzes der bestehende Parkdruck lediglich verlagert würde. Die Fraktion empfiehlt ferner eine Verlängerung der geplanten Radroute in Richtung der Platanenstraße in Rüsselsheim. Um Ausweichverkehre nach Einrichtung der geplanten Shared-Space-Zone auszuschließen, regt die Fraktion eine Ausweisung der Liebfrauenstraße sowie der Jakobstraße als Einbahnstraßen an.

Abschließend bittet die Fraktion um die Vorlage eines Zeit- und Finanzierungsplans und rät an, die Bürger vor Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen mit einzu-beziehen. Zudem sei

# PROTOKOLL

**Bau-, Planungs- und Umweltausschuss**  
**03.02.2020**



**E/24 - 2016/2021 -**

ein Austausch mit anderen Städten, die bereits Erfahrungen in der Umsetzung vergleichbarer Konzepte gesammelt haben, sinnvoll.

Herr Laubscheer hebt hervor, dass der öffentliche Personennahverkehr in Raunheim gut organisiert und auch das Radwegenetz überregional sehr gut angebunden ist. Er weist darauf hin, dass wünschenswerte Nachjustierungen jederzeit möglich sind. Dieses bedeutet, dass umgesetzte Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und gegebenenfalls Anpassungen vorgenommen werden können.

Er sieht eine Bewirtschaftung der P & R-Anlage am Bahnhof als notwendig an, da der überwiegende Teil der Nutzer nicht aus Raunheim stammt.

Herr Brune informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass Bestrebungen der Stadt Rüsselsheim bestehen, die Platanenstraße auf dem Gemarkungsgebiet der Stadt Rüsselsheim in Fahrtrichtung Raunheim zu befestigen. Somit könne der entsprechende Ergänzungsbeschluss der FDP-Fraktion vermutlich berücksichtigt werden.

Er informiert das Gremium, dass die Stadtverwaltung bereits Planungen für die Erstellung von Busparkplätzen im Umfeld des NH-Hotels durchgeführt hat, die dann allerdings vom Betreiber des NH-Hotels auf eigene Kosten umzusetzen wären.

Die CDU-Fraktion stellt die Eckpunkte ihrer Ergänzungsanträge vor. Sie bittet um Vorlage eines Pflegekonzepts für den „Platz der Verschwisterung“ sowie das „Haus unter der Linde“. Sie regt an, die in der Shared-Space-Zone vorgesehene Fahrgeschwindigkeit von höchstens 10 km/h zu überdenken und stattdessen eine höhere Geschwindigkeit von max. 20 bzw. 30 km/h zuzulassen. Ferner bittet sie um Konkretisierung der Bürgerparkausweisungszonen I und II.

Herr Laubscheer erläutert, dass zur Ausweisung von Bürgerparkausweisungszonen umfangreiche Überprüfungen durch Juristen vorgesehen sind. Die Ausweisung von Bürgerparkausweisungszonen stellt ein Novum dar und ist durch eine Satzung zu konkretisieren. Zudem besteht jederzeit die Möglichkeit, die vorgesehenen Zonen zu erweitern oder anzupassen. Die für die Ausstellung eines Bürgerparkausweises zu erhebenden Gebühren werden nicht unter dem Aspekt der Einnahmenmaximierung betrachtet.

Herr Laubscheer weist ferner darauf hin, dass die Ausweisung von Shared-Spaced-Zonen zwangsläufig dazu führt, dass die maximal gefahrene Geschwindigkeit aller Verkehrsteilnehmer 10 km/h beträgt. Allerdings können auch bauliche Einrichtungen und Barrieren das Tempo reduzieren helfen, doch würde dieses den Verkehrsfluss erheblich einschränken.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt ihre drei Anträge vor und erläutert diese im Detail.

Herr Laubscheer regt an, örtliche Fahrradwerkstätten anzusprechen, um die Errichtung von Service- und Reparaturstationen entlang der Radrouten durch das Stadtgebiet zu ermöglichen. Gegebenenfalls könne hier auch ein Sponsoring zielführend sein.

Im Hinblick auf die empfohlene Ausweisung einer Shared-Space-Zone in der Mainstraße könne auch darüber nachgedacht werden, ob eine Reduktion der Fahrgeschwindigkeiten gegebenenfalls auch durch ein geändertes Gestaltungskonzept erzielt werden könne. Er hält die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung für Radfahrer in der Bahnhofstraße für denkbar, weist jedoch darauf hin, dass dieses zu einer Aufhebung des Parkens für PKW auf einer Fahrbahnseite führen würde.

# PROTOKOLL

Bau-, Planungs- und Umweltausschuss  
03.02.2020



E/24 - 2016/2021 -

Die Stadtverordnetenvorsteherin sieht mit Vorlage des Verkehrs- und Mobilitätskonzepts eine Stärkung der Position des Fußgängers. Sie weist jedoch darauf hin, dass die vorgelegten Planungen bei zeitlicher Fortentwicklung zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren sind.

Die CDU-Fraktion hinterfragt die explizite Benennung der Höhe von Parkgebühren. Aus diesem Grund sieht sie in der vorgelegten Drucksache nicht nur einen Grundsatzbeschluss, sondern auch bereits eine dezidierte Festlegung auf Ausführungsdetails.

Ferner bittet sie um Auskunft zur geplanten Ausweisung von Stellplätzen im Bereich der Ludwig-Buxbaum-Allee.

Herr Laubscheer erläutert, dass es sich hier um die Neuanlage von bis zu 9 Stellplätzen im Bereich des Ludwig-Buxbaum-Platzes handelt.

**Über die Drucksache 2019-620 wurde im Rahmen des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses lediglich beraten und über die eingebrachten Anträge der Fraktionen informiert. Eine Abstimmung über die Drucksache und die eingebrachten Anträge erfolgt in der kommenden Sitzungswoche**

## Beschluss:

1. Das Verkehrs- und Mobilitätskonzept wird als Grundlage zur Beratung weitreichender Neuregelungen zum fließenden und ruhenden Verkehr in der Stadt Raunheim zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage dargestellten grundsätzlichen Planungen weiter zu verfolgen und zu konkretisieren.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das dargestellte Radverkehrskonzept zu konkretisieren und zeitnah umzusetzen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kreuzungspunkte Liebfrauenstraße / Mainzer Straße, als auch Mathildenstraße / Frankfurter Straße gem. des dargestellten Entwurfs umzubauen.

## 4. **Einstieg in eine Smart-City-Konzeption** **- mündlicher Bericht -**

Die Herren Laubscheer und Loy geben einen mündlichen Bericht zum Sachstand des Einstiegs in eine Smart-City-Konzeption. Sie heben hervor, dass Vergleiche mit anderen Städten zeigen, dass die vorgesehene City-App deutlich weitreichendere und personalisierte Informationen geben könne. Insbesondere im Grad der Personalisierung sowie der Assistenzfunktion für den Alltag bietet die vorgesehene Smart-City-App deutliche Vorteile gegenüber einer konventionellen Stadt-App vergleichbarer Städte.

# PROTOKOLL

Bau-, Planungs- und Umweltausschuss  
03.02.2020



E/24 - 2016/2021 -

Herr Loy erläutert die Möglichkeiten und Vorzüge einer Smart-City-App anhand einer virtuellen Vorstellung. Er informiert über die geplanten zeitlichen Abfolgen zur Einführung dieser Smart-City-App und geht davon aus, dass diese bereits im 4. Quartal 2020 lauffähig sein wird.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Auskunft über den vorgesehenen Datenschutz und Möglichkeiten zur Vermeidung von Hackerangriffen.

Herr Laubscheer informiert darüber, dass personenbezogene Daten nur unter Anwendung zertifizierter Standards die ständig aktualisiert und geprüft werden, Anwendung finden. Die erhobenen Daten werden niemals verkauft oder an Dritte weitergegeben.

Er hebt hervor, dass mit Implementierung dieser Smart-City-App ein Instrument geschaffen werden kann, um mit den Einwohnern der Stadt Raunheim in Kontakt zu treten.

Die CDU-Fraktion bittet um Auskunft über die Kosten einer derartigen App.

Herr Laubscheer weist darauf hin, dass die Netzwerk Untermain GmbH für Smart-City-Projekte insgesamt 2,5 Mio. EURO in ihren Wirtschaftsplan eingestellt hat. Er geht davon aus, dass die Implementierung der vorgestellten App ca. 200.000,00 EUR kosten wird.

## 5. 2020-677 Grundsatzbeschluss zum klimastabilen Waldumbau und zur Umstellung der Waldbewirtschaftung

Herr Albat führt in die Drucksache 2020-677 ein und verweist auf die Ergebnisse einer Bürgerversammlung im November des vergangenen Jahres. Er hebt hervor, dass alle fachlichen Ausführungen, die seinerzeit von Fachleuten gemacht wurden, in dieser Drucksache berücksichtigt wurden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bat als Ergänzung zu Punkt 3 des Beschlussvorschlags um die Möglichkeit, im vorgesehenen Bürgerwald auch „Geburtsbäume“ pflanzen zu können.

Die Stadtverordnetenvorsteherin regte als Ergänzung zu Punkt 3 des Beschlussvorschlags an, Aktionstermine anzusetzen, an denen Pflanzarbeiten durch interessierte Bürger durchgeführt werden können. Hierbei stellt die Verwaltung entsprechende Baumarten bei und markiert die vorgesehenen Pflanzorte.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet darum, nicht nur über zukünftige Umsetzungen, sondern auch über im Vorfeld durchgeführte Planungen zu berichten.

Die CDU-Fraktion hinterfragt den Standort des geplanten Bürgerwalds.

Herr Albat führt aus, dass dort der größte Handlungsbedarf nach zwei extrem trockenen Sommern besteht.

**Der Drucksache 2020-677 wird mit den Ergänzungen der Stadtverordnetenvorsteherin und der Anregung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Möglichkeit von Geburtsbaumpflanzungen einstimmig Zustimmung gegeben.**

### Beschluss:

# PROTOKOLL

Bau-, Planungs- und Umweltausschuss  
03.02.2020



E/24 - 2016/2021 -

1. Die in der Sachdarstellung aufgezeigten Ziele und erste Maßnahmen zum Umbau des bestehenden Wirtschaftswaldes hin zu einem klima- und ökostabilen Naturwald werden beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit der Forstbetriebsgemeinschaft Rhein-Main sowie dem beauftragten Forstdienstleister Forstservice Taunus GmbH & Co. KG die Entwicklungsziele weiter auszudifferenzieren und regelmäßig über die Umsetzung zu berichten.
3. Dem hohen Interesse der Bürgerinnen und Bürger am Erhalt des Raunheimer Waldes soll auch dadurch entsprochen werden, dass sich an ausgewiesener Stelle ein „Bürgerwald“ entwickeln kann, der durch eigenständige Bestockung und Pflege der Bürgerinnen und Bürger entsteht.

## 6. Verschiedenes

Es werden keine Wortmeldungen zum TOP Verschiedenes verzeichnet.

Herr Ghazi schließt die Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses um 21.55 Uhr.

Mohammed Ghazi  
(Ausschussvorsitzender)

Joachim Brune  
(Schriftführer)